

## INHALT

- **Versorgungsgesetz: Was Politiker der SPD, der Union und der FDP einführen wollen**
- **Krankenhaushygiene: Gesetz soll im Juli kommen**
- **PID: Dritter Gesetzesentwurf liegt vor**
- **Nach zweitem Pflegedialog: Die Reform der Pflegeversicherung wird konkreter**
- **Blickpunkt Hintergrund: Berliner Gesundheitspreis 2010**

## ■ Rösler: Berliner Gesundheitspreis zeigt Lösungswege für pflegende Angehörige auf

Der Berliner Gesundheitspreis 2010 zum Thema „Auch Helfer brauchen Hilfe“ ist am 14. Februar verliehen worden. Die prämierten Projekte zeigten, dass es notwendig und auch möglich sei, pflegende Angehörige bei ihrer aufopferungsvollen Arbeit für Hilfsbedürftige gezielt zu unterstützen, sagte Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler bei der Preisverleihung im Atrium des AOK-Bundesverbandes in Berlin. Ein Projekt aus Berlin und ein Kontaktnetzwerk aus München erhielten jeweils den ersten Preis. Der zweite Preis ging an eine Bürgerinitiative aus Stendal. Initiatoren des Berliner Gesundheitspreises sind die AOK Nordost, die Ärztekammer Berlin und der AOK-Bundesverband. Bei der Auswahl der Preisträger entschied sich die Jury bewusst für Projekte, die auch auf andere Regionen übertragbar und besonders nachhaltig sind. Um die diesjährige Auszeichnung bewarben sich bundesweit insgesamt 81 Projekte. 17 davon kamen in die engere Auswahl. Seit 1995 zeichnen die Veranstalter mit dem Berliner Gesundheitspreis besondere Projekte aus dem Gesundheitswesen aus. Der Preis wurde in diesem Jahr zum achten Mal vergeben. Mehr zum Thema auf Seite 7.

Infos: [www.berliner-gesundheitspreis.de](http://www.berliner-gesundheitspreis.de)

## ■ AOK-Bundesverband plädiert für Patientenrechtegesetz

Der AOK-Bundesverband unterstützt das Vorhaben, noch im Februar den Entwurf für ein Patientenrechtegesetz vorzulegen. „Nur wenn Versicherte und Patienten über ihre Rechte und Pflichten informiert sind, sind sie in der Lage, gemeinsam mit ihrem Arzt wichtige Entscheidungen für ihre Gesundheit zu treffen“, sagte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Jürgen Graalman. Die AOK setze sich seit Jahren dafür ein, den Schutz und die Autonomie der Patienten durch ein Patientenrechtegesetz zu stärken. Der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Wolfgang Zöller, will in Kürze seinen Gesetzentwurf vorstellen. Das Vorhaben ist im **Koalitionsvertrag** von CDU, CSU und FDP als Patientenschutzgesetz festgehalten. Erforderlich ist nach den Worten Graalmanns, dass mit einem solchen Gesetz die zentralen Grundrechte aller Patienten transparent und als Rechtsnormen allgemeinverbindlich festgelegt werden. Zur Gewährleistung der Patientenautonomie gehöre auch das Recht auf umfassende Informationen über die Behandlungsqualität, so der Vorstandsvize.

Infos: [www.aok-patientenrechte.de](http://www.aok-patientenrechte.de)

## ZUR PERSON I



■ **Dr. Wolfgang Krombolz** ist neuer Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns. Er und sein Vize **Dr. Pedro Schmelz** kündigten nach der Wahl an, ihre Ämter beim Bayerischen Hausärzterverband niederzulegen.



■ **Mark Barjenbruch** heißt der neue Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Niedersachsen. Der Jurist folgt Eberhard Gramsch nach. Neuer Stellvertreter ist **Dr. Jörg Berling**.

Folgende Vorsitzende von Kassenärztlichen Vereinigungen sind kürzlich wiedergewählt worden: **Dr. Angelika Prehn** (Berlin), **Dr. Michael Späth** (Hamburg).

Redaktionsschluss  
dieser Ausgabe:  
16. Februar 2011

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## ■ Versorgungsgesetz I: Spahn lehnt Zusammenarbeit mit SPD ab

„Die SPD setzt auf drakonische Strafen und Pauschalverdacht gegen Ärzte, wir setzen auf Dialog.“ Mit diesen Worten hat sich der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Jens Spahn, gegen einen von den Sozialdemokraten ausgearbeiteten Gesetzentwurf zur Verbesserung der medizinischen Versorgung positioniert. Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Prof. Karl Lauterbach, hatte der Union im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf seiner Partei Gespräche angeboten und gesagt, gemeinsam könnten sich SPD und Union gegen Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler durchsetzen. Spahn hatte zuvor zum Teil bei den gleichen Themen Verbesserungsbedarf ausgemacht wie die SPD, allerdings unterscheiden sich die Problemlösungsvorschläge erheblich. Es geht dabei unter anderem um die Wartezeiten auf Arzttermine und die Einführung von Zweibettzimmern in Krankenhäusern. Während die SPD als Sanktionsmaßnahmen bei zu langen Wartezeiten Strafzahlungen der Ärzte von bis zu 25.000 Euro und einen eventuellen **Zulassungsentzug** vorsieht, plädiert Spahn dafür, dass die Krankenkassen bei der Terminsuche helfen sollen. Beim Thema Zweibettzimmer möchte die SPD, dass Krankenhäuser weniger Geld von den Kassen erhalten, wenn sie die Patienten in Drei- oder Vierbettzimmern unterbringen. Spahn plädiert dafür, dass die Patienten in einem solchen Fall keine zehn Euro **Zuzahlung** leisten müssten.

## ■ Versorgungsgesetz II: Kapferer und Länder wollen gemeinsame Positionen definieren

Bund und Länder wollen bis Anfang April gemeinsame Positionen für das geplante Gesetz zur Verbesserung der medizinischen Versorgung in Deutschland vorlegen. Das erklärten Vertreter des Bundesgesundheitsministeriums nach einer ersten Verhandlungsrunde von Staatssekretär Stefan Kapferer und seinen Länderkollegen. Eingerichtet wurden inzwischen drei Arbeitsgruppen, die sich mit der **Bedarfsplanung**, den Kompetenzen der Länder sowie der Aus- und Fortbildung von Ärzten befassen sollen. Dabei soll es auch darum gehen, wie Mediziner in unterversorgte Gebiete umgesteuert werden und ob sie von bestimmten Tätigkeiten entlastet werden können. Unterdessen erklärte die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Bundestag, Ulrike Flach, die Liberalen wollten im Kampf gegen den Ärztemangel in einigen ländlichen Regionen den verpflichtenden Notdienst und die Regresspflicht abschaffen, wenn Mediziner ihr Budget überschreiten. Flach sprach sich gegen eine kleinteiligere Bedarfsplanung aus, wie die CDU sie vorsieht. Die Bedarfsplanung solle „so erhalten bleiben“, sagte die Politikerin. Die FDP will laut Flach auch die Residenzpflicht für Mediziner lockern und verpflichtende Praktika in der Facharztausbildung einführen.

Infos: [www.aok-bv.de](http://www.aok-bv.de)

### ZUR PERSON II



■ **Dr. Andreas Crusius** wurde erneut zum Landesärztekammerpräsidenten in Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Der Internist geht in die sechste Amtsperiode. Vizepräsidenten sind **Dr. Wilfried Schimanke** und **Dr. Andreas Gibb**.



■ **Dr. Martina Wenker** bleibt Präsidentin der Landesärztekammer Niedersachsen. Die Lungenfachärztin hatte das Amt bereits fünf Jahre inne. Ebenfalls wiedergewählt wurde Vizepräsident **Dr. Gisbert Voigt**.

Die Kassenzahnärztlichen Vereinigungen haben zum Teil neue Vorsitzende, darunter **Dr. Eberhard Steglich** (Brandenburg) und **Dr. Ulrich Hell** (Saarland). In ihren Führungsämtern bestätigt wurden **Stephan Allroggen** (Hessen), **Dr. Jobst-Wilken Carl** (Niedersachsen) **Dr. Eric Banthien** (Hamburg), **Dr. Peter Kriett** (Schleswig-Holstein) und **Wolfgang Abeln** (Mecklenburg-Vorpommern).

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## ■ Hygienegesetz soll im Juli in Kraft treten

Die Bundesregierung will den Hygieneschutz in Krankenhäusern verbessern. Details sind bereits in dem Referentenentwurf eines Gesetzes festgelegt, das Mitte Juli in Kraft treten soll. Da Infektionskrankheiten in jüngster Zeit zunehmend von resistenten Erregern verursacht werden, ist vorgesehen, beim Robert-Koch-Institut (RKI) eine Kommission einzurichten, die klare Empfehlungen für Ärzte „zum fachgerechten Einsatz von Diagnostika und Antiinfektiva bei der Therapie resistenter Infektionserreger“ zu erstellen hat. Außerdem sollen die **Gesundheitsämter** verpflichtet werden, ihnen bereits heute zugehende Daten über Infektionen an das RKI weiterzuleiten. Dem **Gemeinsamen Bundesausschuss** wird in dem Referentenentwurf aufgetragen, in seinen **Richtlinien** zur Qualitätssicherung geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Hygienequalität zu bestimmen. Die Ergebnisse sollen in den Qualitätsberichten der Krankenhäuser veröffentlicht werden. Laut Gesetzesentwurf erkranken jährlich zirka 400.000 bis 600.000 Patienten an Krankenhausinfektionen, 7.000 bis 7.500 sterben daran.

### KOMMENTAR

Die Bundesregierung hat sich zurecht des Themas Hygiene im Krankenhaus angenommen. Es ist nicht einzusehen, dass Deutschland im Vergleich mit anderen Industrienationen auf diesem Gebiet nur im Mittelfeld liegt und die Anzahl der Infektionen mit schwer behandelbaren Keimen stetig ansteigt. Dafür sterben jedes Jahr zu viele Menschen unnötig an diesen Infektionen. Es kommt aber auf die Details an. Wichtig ist es, Verantwortung an einer Stelle zu bündeln und nicht zu viele Institutionen mit der Problemlösung zu betrauen. Das Robert-Koch-Institut scheint hier eine geeignete Stelle. Allerdings ist zu fragen, ob es dort einer weiteren Kommission bedarf, schließlich gibt es auch schon die Kommission für Krankenhaushygiene und Infektionsprävention. Sicherzustellen ist auch, dass es für die Empfehlungen, nach denen Ärzte sich künftig richten sollen, ausreichende medizinische Evidenz gibt. (ink)

## ■ Pflegenoten: Koalition will per Gesetz Schiedsstelle einführen

Die Bundesregierung will eine Schiedsstelle einrichten, die im Streit um die Benotung von Pflegeeinrichtungen schlichten soll. Details werden im Krankenhaushygienegesetz geregelt, wie der gesundheitspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Jens Spahn, erklärte. Hintergrund ist ein bislang ungelöster Konflikt um die Pflegenoten. Bereits im November hatten sich die Krankenkassen und die Mehrheit der Heimbetreiber auf neue Regelungen für die Benotung von Heimen geeinigt. Zuvor war immer wieder kritisiert worden, dass Einrichtungen zentrale Mängel in der Gesamtbewertung mit Noten für vergleichsweise unwesentliche Leistungen wettmachen könnten. Nach den neuen Regelungen sollte in Zukunft eine gute Gesamtnote bei gravierenden Mängeln in Kernbereichen unmöglich sein. Die Einigung war jedoch am Veto zweier Betreiberorganisationen beziehungsweise am Zwang zur Einstimmigkeit bei der Beschlussfassung gescheitert. Das Schlichtungsverfahren soll künftig auf gemeinsamen Antrag der Pflegekassen und der Betreiber der Pflegeeinrichtungen eingeleitet werden oder dann, wenn beide Parteien drei Monate vergeblich verhandelt haben.

Infos: [www.aok-bv.de](http://www.aok-bv.de)

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## ■ BSG-Urteil: Jobcenter müssen volle Beiträge für Hartz-IV-Empfänger zahlen

Privat krankenversicherte Hartz-IV-Bezieher haben Anspruch darauf, dass ihre Prämien zur Krankenversicherung in voller Höhe vom Jobcenter übernommen wird. Das hat das Bundessozialgericht entschieden. Als Konsequenz aus dem Urteil forderte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Jürgen Graalman, auch für gesetzlich versicherte Hartz-IV-Bezieher höhere Zuschüsse. Für sie erhalten die Krankenkassen von den Jobcentern etwa 131 Euro im Monat. Kostendeckend wären jedoch rund 278 Euro. Die Forderung Graalmanns unterstützen unter anderem Politiker der Grünen und der Linken. Derzeit sind rund 6.000 privat Versicherte und etwa drei Millionen gesetzlich Versicherte Hartz-IV-Empfänger.

Infos: [www.bundessozialgericht.de](http://www.bundessozialgericht.de)

## ■ PID: Dritter Gesetzentwurf liegt vor

Politiker aller Bundestagsfraktionen haben einen Gesetzentwurf für ein generelles Verbot der Präimplantationsdiagnostik (PID) vorgelegt. Es ist der dritte Gesetzentwurf, der sich mit der PID beschäftigt. Er sieht vor, dass im Gesetz über genetische Untersuchungen bei Menschen ein Verbot der Durchführung der PID verankert wird. Der Entwurf wird von unter anderem von Birgitt Bender (Grüne), Pascal Kober (FDP), Johannes Singhammer (CSU), Kathrin Vogler (Linke) und Ulla Schmidt (SPD) getragen. Die anderen beiden, ebenfalls fraktionsübergreifenden Gesetzentwürfe setzen sich für eine Zulassung der PID in engen beziehungsweise sehr engen Grenzen ein. Im erstgenannten Entwurf soll die PID im Grundsatz verboten, aber in Ausnahmefällen zulässig sein. Als Bedingungen sind die Veranlagung der Eltern für ein gravierendes vererbbares Leiden oder die Wahrscheinlichkeit einer Tot- oder Fehlgeburt vorgesehen. Zur Vermeidung von Missbrauch soll eine Beratungspflicht sein, eine Ethikkommission zustimmen, die Frau schriftlich einwilligen und die PID nur an Zentren mit entsprechender Lizenz vorgenommen werden. Nach dem anderen Entwurf ist die PID nur für Paare zuzulassen, die eine genetische Veranlagung dafür haben, „dass Schwangerschaften in der Regel mit einer Fehl- oder Totgeburt oder dem sehr frühen Tod des Kindes innerhalb des ersten Lebensjahres enden“. Auch hier wird eine Beratung vorgeschrieben, zudem ist die Zustimmung einer Ethikkommission Pflicht. Im Frühjahr will der Bundestag über alle drei Gesetzentwürfe beraten. Noch vor der Sommerpause soll ohne Fraktionszwang darüber abgestimmt werden. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hatte sich bereits im vorigen Jahr für ein Verbot der Untersuchungsmethode ausgesprochen. PID ist die Genom-Analyse einer oder mehrerer Zellen, die einem mehrzelligen Embryo entnommen werden, um vor einer eventuellen Implantation beispielsweise genetische Anomalien festzustellen.

Infos: [www.aok-bv.de](http://www.aok-bv.de)

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## ■ Ethikrat: Stellungnahme zu medizinischer Verteilungsgerechtigkeit vorgelegt

Der Deutsche Ethikrat hat in einer Stellungnahme eine Debatte über die Verteilung begrenzter Mittel im Gesundheitswesen gefordert. Es sei angesichts der Altersentwicklung in Deutschland und der teurer werdenden Leistungen nicht richtig, die Diskussion zu den Themen Rationierung und Priorisierung nur in Fachkreisen stattfinden zu lassen. Außerdem dürfe es dabei nicht nur um ökonomische Aspekte gehen. Vielmehr müssten auch medizinische, ethische und juristische Experten gehört werden. Der Rat wies darauf hin, dass bereits die Deutsche Forschungsgemeinschaft an Modellen arbeite, welche Qualität und Quantität die Gesundheitsversorgung in Deutschland haben solle.

Infos: [www.ethikrat.org](http://www.ethikrat.org)

## ■ Fraktionsvorsitzende: 2011 kommt eine Neuregelung für Organspenden

Noch in diesem Jahr sollen die Bedingungen für Organspenden neu geregelt werden. Darauf haben sich die Vorsitzenden aller Bundestagsfraktionen geeinigt. Details sind bisher noch nicht abgestimmt. Während Teile der SPD den Bürgern eine Entscheidung zu ihrer Spendebereitschaft abverlangen will, setzt die Union auf Freiwilligkeit. Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Jürgen Graalman, hat bereits vorgeschlagen, feste Anlaufstellen für die Dokumentation einer Entscheidung zu schaffen, etwa bei Apotheken, Arztpraxen, Ämtern und Krankenkassen.

Infos: [www.aok-bv.de](http://www.aok-bv.de)

## ■ Bessere Renten für pflegende Angehörige?

Nach dem zweiten Pflegedialog zwischen Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler und Vertretern der Sozialverbände werden erste Elemente einer Pflegereform sichtbar. Der Minister kündigte an, er wolle pflegenden Angehörigen erleichtern, Urlaub von der **Pflege** zu nehmen. Im Gespräch ist ein Rechtsanspruch auf Leistungen der medizinischen Rehabilitation oder Vorsorge nach dem Modell der Mutter-Kind-Kuren. Außerdem sollen Pflegezeiten – ähnlich wie Kindererziehungszeiten – im Alter bei der Berechnung der Rente stärker berücksichtigt werden. Die schwarz-gelbe Koalition hat unterdessen ihr im Koalitionsvertrag formuliertes Vorhaben aufgegeben, in der Pflege eine private Zusatzversicherung nach dem Vorbild der Riester-Rente einzuführen. Das hat der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, Johannes Singhammer, erklärt. Singhammer betonte, Ziel bliebe aber, angesichts der Bevölkerungsentwicklung eine Kapitalreserve in der Pflege aufzubauen.

Infos: [www.cdu.de](http://www.cdu.de)

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

## Vorschau

### G+G Gesundheit und Gesellschaft

#### Pflege nach Wunsch

Selbstbestimmt zu Hause leben, auch wenn sie Pflege brauchen – so stellen sich die meisten Menschen ihr Alter vor. Harald Kesselheim beschreibt, was Kommunen, Kassen, Heime, ambulante Dienste und Politik tun müssen, damit dieses Wunschbild Wirklichkeit wird.

#### Zweifel an Idolen

Lob für die Politik, Tadel für die Industrie, Kritik an der Autoritätenhörigkeit des Medizinbetriebes: IQWiG-Chef Professor Jürgen Windeler bezieht im G+G-Interview Position.

#### Mehr Qualität fürs Geld

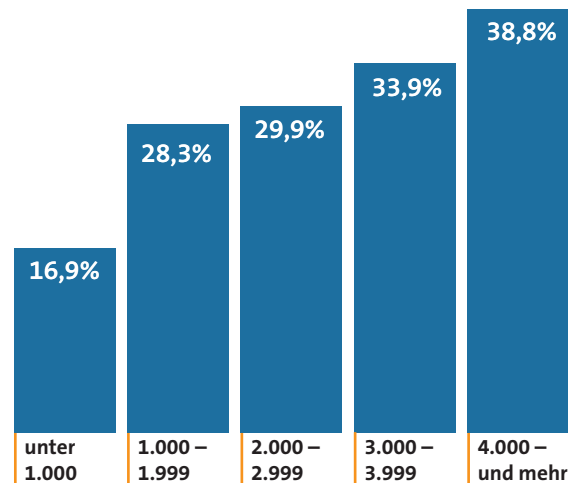
Jan Carels skizziert, was im geplanten Versorgungsgesetz stehen muss, damit Patienten profitieren.

### G+G Wissenschaft

Das Arzneimittel-Neuordnungsgesetz ist Schwerpunkt der neuen Ausgabe. Dabei geht es beispielsweise um die Nutzenbewertung von Medikamenten und das Thema Kartellrecht. Ein Blick auf ausländische Arzneimittel-Bewertungssysteme rundet das Heft ab.

## IGeL-Angebote besonders für Einkommensstarke

Offerten im vergangenen Jahr nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen in Euro



Quelle: WIdO 2010

**Insbesondere einkommensstarke Patienten** bieten niedergelassene Ärzte inzwischen vermehrt Individuelle Gesundheitsleistungen (IGeL) an, wie eine Studie des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WIdO) ergab. IGeL sind Behandlungsmethoden und Serviceleistungen, die gesetzliche Krankenkassen nicht oder nur unter bestimmten Voraussetzungen übernehmen. Wurden 2001 nur 8,9 Prozent der Patienten von Ärzten auf IGeL angesprochen, waren es 2010 schon 28,3 Prozent.

Infos: [www.wido.de](http://www.wido.de)

## ■ AOK-Bundesverband trauert um Gert Nachtigal

Im Alter von nur 58 Jahren ist Gert Nachtigal am 1. Februar in Berlin nach langer, schwerer Krankheit gestorben. Er gehörte zu den bekanntesten Vertretern der Selbstverwaltung im Gesundheitswesen. Als stellvertretender Leiter der Abteilung Soziale Sicherung bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände stand er nicht nur von 1992 bis 2005 an der ehrenamtlichen Spitze des AOK-Bundesverbandes. Der Jurist engagierte sich auch an führender Stelle im Medizinischen Dienst der Krankenversicherung, im Gemeinsamen Bundesausschuss und in der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation. Darüber hinaus gehörte er dem Kuratorium des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen und dem Beirat des Bundesgesundheitsministeriums zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs an.



Infos: [www.aok-bv.de](http://www.aok-bv.de)

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

#### «BLICKPUNKT HINTERGRUND»

### ■ Auch Helfer brauchen Hilfe: Berliner Gesundheitspreis 2010 verliehen

Pflege zu Hause soll weiterhin Vorrang vor der Unterbringung in einem Heim haben. Das hat Bundesgesundheitsminister Dr. Philipp Rösler erst kürzlich angesichts der für dieses Jahr beplanten Reform der Pflegeversicherung klargestellt. Doch wer kümmert sich eigentlich um die Pflegenden? Deren oft bis zur Erschöpfung reichendes Engagement steht bisher noch zu sehr im Schatten, fanden die Initiatoren des Berliner Gesundheitspreises und widmeten ihnen den Wettbewerb 2010 mit dem Titel „Auch Helfer brauchen Hilfe“. Die Preisträger wurden jetzt vorgestellt.

Der Andrang war gleich doppelt groß: Zum einen haben sich kaum jemals so viele Menschen im Atrium des Gebäudes des AOK-Bundesverbandes versammelt wie am 14. Februar, dem Tag, an dem die Preisträger des Berliner Gesundheitspreises 2010 öffentlich gewürdigt wurden. Zum anderen hatten sich 81 Projekte für den Preis beworben, von denen 17 in die engere Wahl kamen, sieben nominiert wurden und sogar gleich zwei den ersten Preis erhielten. Das Thema Pflege steht offenbar nicht nur beim Bundesgesundheitsminister, der bei der Veranstaltung einen der Preisträger würdigte, weit oben auf der Agenda. Auch die wachsende Zahl pflegender Angehöriger setzt sich immer mehr damit auseinander und gründet oder nutzt Netzwerke zum Thema.

#### » Ein erster Preis: Hilfe für für Gewaltopfer

Vergeben wurden in diesem Jahr drei Preise: zwei erste Preise, die jeweils mit 20.000 Euro dotiert waren, und ein zweiter Preis, verbunden mit einer Prämie von 10.000 Euro. Der eine der beiden ersten Preise ging an die Berliner Beratungsstelle „Pflege in Not“, eine bundesweit einzigartige Anlaufstelle für Menschen, die im Rahmen der Pflege in Konflikt- oder Gewaltsituationen geraten, sei es als Pflegenden oder als Gepflegte. Die Initiative unterstützt Betroffene am Telefon, vermittelt Hilfsangebote und bietet in besonders problematischen Fällen bis zu zehn Gespräche im Rahmen einer psychologischen Beratung an. Die Verantwortlichen von „Pflege in Not“ erhielten ihren Preis aus den Händen von Gesundheitsminister Dr. Philipp Rösler. In seiner Laudatio würdigte Rösler vor rund 300 Gästen das Engagement der Berliner Organisation und betonte dabei die Bedeutung von ehrenamtlichen Helfern und gut funktionierenden Netzwerken für die Gesellschaft.

#### » Ein weiterer erster Preis: Entlastung für alleinerziehende Mütter

Den anderen ersten Preis erhielt das vom Münchener Verein „siaf – sozial integrativ aktiv für Frauen e.V.“ initiierte Projekt „alfa beta“. Es unterstützt alleinerziehende Mütter behinderter Kinder. Die Angebotspalette reicht von regelmäßigen Infobriefen über Chatten auf der Internetplattform „intakt“, monatliche „Offene Treffs“ und Beratung in Krisenzeiten bis hin zu betreuten Ferienfreizeiten. Hier können die Mütter einfach mal durchatmen,

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

während sich qualifizierte Kräfte um ihre Kinder kümmern. „Angehörige und Kinder alleine pflegen zu müssen, kann jeden von uns schnell an seine Grenzen bringen. Deshalb brauchen wir Initiativen wie ‚alfa beta‘ zur Unterstützung derjenigen, die diese Verantwortung schultern“, betonte Josef Hecken, Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, in seiner Rede.

#### » Zweiter Preis: Ehrenamtliche und Profis betreuen Pflegebedürftige

Den zweiten Preis erhielt die „**Bürgerinitiative Stendal e.V.**“, die sich seit 2004 für Senioren, Kranke sowie behinderte Mitbürger engagiert und dafür ehrenamtliche Helfer aller Altersstufen gewinnt. Den Anfang machte ein vom Europäischen Sozialfonds gefördertes Projekt, bei dem ehrenamtliche Helfer ältere Menschen in deren häuslichem Umfeld unterstützten. Bereits 2006 kam eine stundenweise Tagesbetreuung für Demenz- und Schlaganfallpatienten hinzu. Inzwischen betreuen im neuen Domizil in der Nähe des Stadtsees zwei Fachkräfte und über 30 Ehrenamtliche wöchentlich 21 Tagesgäste. Zusätzliche ehrenamtliche Helfer besuchen weitere 24 Menschen stundenweise im häuslichen Umfeld. Die Bürgerinitiative Stendal zählt mittlerweile über 300 Mitglieder. In seiner Laudatio lobte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Jürgen Graalman, das ehrenamtliche Engagement in Stendal und forderte indirekt auch die Ausweitung der Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige. „Mit Geld allein werden wir die Situation nicht lösen. Wir brauchen viele solcher engagierter Plattformen, um ein würdiges Altern zu organisieren, ohne die junge Generation zu überfordern.“

#### » Pflegende definieren Bedürfnisse

Rund drei Viertel aller Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt. Häusliche Pflege dauert im Durchschnitt acht Jahre oder länger und wird vor allem von Frauen übernommen. Die Auswirkungen der Pflege auf die Situation der helfenden Angehörigen können erheblich sein und sich in nachhaltigen Beeinträchtigungen von Gesundheit und Lebensqualität, sozialer Isolation, familiären Konflikten und finanziellen Problemen niederschlagen. Hinzu kommen weitere Faktoren wie fehlende Informationen über entlastende und unterstützende Dienste, die Tendenz zur Selbstüberforderung, das Problem von Gewalt in der häuslichen Pflege sowie eine mangelnde Wahrnehmung der Situation pflegender Angehöriger durch Politik und Öffentlichkeit. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass pflegende Angehörige einen großen Veränderungsbedarf sehen und sich vor allem einen Abbau bürokratischer Hürden, mehr Freizeit und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege wünschen.

Mit dem Berliner Gesundheitspreis zeichnen der AOK-Bundesverband, die Ärztekammer Berlin und die AOK Nordost alle zwei Jahre innovative Modelle der Gesundheitsversorgung aus. Der Preis wurde nun zum achten Mal vergeben. Der Jury gehören elf Mitglieder aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und Praxis an.

Infos: [www.berliner-gesundheitspreis.de](http://www.berliner-gesundheitspreis.de)